



Zagreber Erklärung für Gesunde Städte

**Gesundheit und gesundheitliche Chancengleichheit
in allen Bereichen der Lokalpolitik**



Diese Erklärung ist Ausdruck des klaren und festen Bekenntnisses führender Kommunalpolitiker aus der Europäischen Region zur Stärkung und Förderung von Maßnahmen für Gesundheit, gesundheitliche Chancengleichheit, nachhaltige Entwicklung und soziale Gerechtigkeit. Sie würdigt die in den letzten zwanzig Jahren gesammelten Erkenntnisse, Erfahrungen und gesundheitspolitischen Erfolge der Gesunde-Städte-Bewegung in der Europäischen Region und baut auf ihnen auf. Sie unterstreicht die Bedeutung kontinuierlichen Handelns sowie der Priorisierung nach Werten und nennt neue Probleme, Erkenntnisse und Handlungsansätze, wie sie z. B. im Abschlussbericht der Kommission für soziale Determinanten von Gesundheit erläutert werden und wie sie die Städte in ihrer Arbeit zum Schutz und zur Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden all ihrer Bürger aufgreifen bzw. einführen müssen. In der Erklärung werden auch die Pläne und Prioritäten des Gesunde-Städte-Netzwerks der WHO und der nationalen Gesunde-Städte-Netzwerke in der Europäischen Region für Phase V (2009–2013) überprüft und Wege aufgezeigt, wie Regionalverwaltungen, nationale Regierungen und die WHO diese Konzepte unterstützen und von ihnen profitieren können.

Anfragen zu Veröffentlichungen des WHO-Regionalbüros für Europa richten Sie bitte an:

Publications

WHO Regional Office for Europe

Scherfigsvej 8

DK-2100 Kopenhagen Ø, Dänemark

Oder füllen Sie auf der Website des Regionalbüros für Europa ein Online-Formular für Dokumentation/Information bzw. die Genehmigung zum Zitieren/Übersetzen aus (<http://www.euro.who.int/PubRequest?language=German>).

© **Weltgesundheitsorganisation 2009**

Alle Rechte vorbehalten. Das Regionalbüro für Europa der Weltgesundheitsorganisation begrüßt Anträge auf Genehmigung zur teilweisen oder vollständigen Reproduktion oder Übersetzung seiner Veröffentlichungen.

Die in dieser Publikation benutzten Bezeichnungen und die Darstellung des Stoffes beinhalten keine Stellungnahme seitens der Weltgesundheitsorganisation bezüglich des rechtlichen Status eines Landes, eines Territoriums, einer Stadt oder eines Gebiets bzw. ihrer Regierungs-/Verwaltungsinstanzen oder bezüglich des Verlaufs ihrer Staats- oder Gebietsgrenzen. Gestrichelte Linien auf Karten bezeichnen einen ungefähren Grenzverlauf, über den möglicherweise noch keine vollständige Einigkeit besteht.

Die Erwähnung bestimmter Firmen oder Erzeugnisse bedeutet nicht, dass diese von der Weltgesundheitsorganisation unterstützt, empfohlen oder gegenüber ähnlichen, nicht erwähnten bevorzugt werden. Soweit nicht ein Fehler oder Versehen vorliegt, sind die Namen von Markenartikeln als solche kenntlich gemacht.

Die Weltgesundheitsorganisation hat alle angemessenen Vorkehrungen getroffen, um die in dieser Publikation enthaltenen Informationen zu überprüfen. Dennoch wird die Veröffentlichung ohne irgendeine explizite oder implizite Gewähr herausgegeben. Die Verantwortung für die Deutung und den Gebrauch des Materials liegt bei der Leserschaft. Die Weltgesundheitsorganisation schließt jegliche Haftung für Schäden aus, die sich aus dem Gebrauch des Materials ergeben. Die von den Autoren, Redakteuren oder Expertengruppen geäußerten Ansichten sind nicht unbedingt Ausdruck der Beschlüsse oder der erklärten Politik der Weltgesundheitsorganisation.

Wir, die Bürgermeister und führenden Kommunalpolitiker aus Städten der Europäischen Region, haben uns auf der Internationalen Gesunde-Städte-Konferenz 2008 in Zagreb versammelt und erklären an der Schwelle zur fünften Phase des Gesunde-Städte-Netzwerks, die unsere Arbeit in den nächsten fünf Jahren beeinflussen und prägen wird, einstimmig das Folgende:

Werte und Handlungsgrundsätze

1. Wir unterstützen in vollem Umfang die Sichtweise der WHO zum Thema Gesundheit, die unser Handeln beeinflusst und deren Tragweite wir verstehen: „Der Besitz des bestmöglichen Gesundheitszustandes bildet eines der Grundrechte jedes menschlichen Wesens, ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der politischen Anschauung und der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung.“ Gesundheit ist eine Voraussetzung für Wohlbefinden und Lebensqualität. Sie ist ein Maßstab für Fortschritte bei der Armutsbekämpfung, der Förderung gesellschaftlicher Integration und der Beseitigung von Diskriminierung. Gute Gesundheit ist für eine grundlegende Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum.
2. Wir erkennen an, dass die Maßnahmen unserer Städte zugunsten von Gesundheit über eine hochwertige und zugängliche Gesundheitsversorgung hinausgehen und auch die Bereiche Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung, aber auch systematische Maßnahmen gegen Ungleichheit im Gesundheitsbereich und gegen Risikofaktoren für nichtübertragbare Krankheiten und Verletzungen sowie entsprechende Anstrengungen zur Bewältigung der sozialen, ökonomischen und umweltbezogenen Determinanten von Gesundheit mit einschließen.
3. Wir sind uns unserer einzigartigen Führungsverantwortung bei der Sicherung eines Höchstmaßes an politischem Willen zur Verstärkung und Intensivierung der Anstrengungen für die Verbesserung und den Schutz der Gesundheit unserer Bürger bewusst. Dies kann durch folgende Mittel geschehen: unsere öffentliche Plattform zur Sensibilisierung für die Ursachen schlechter Gesundheit im städtischen Umfeld und zur Förderung der Grundsätze, Werte und Konzepte Gesunder Städte bei der Bewältigung dieser Herausforderungen; unsere Fähigkeit, alle für Maßnahmen zugunsten der Gesundheit relevanten Akteure zusammenzubringen und aktiv einzubeziehen; und der Erfolg unserer Überzeugungsarbeit gegenüber allen Politikbereichen mit dem Ziel, die Berücksichtigung gesundheitlicher Belange in ihren Handlungskonzepten zu gewährleisten.
4. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu den Grundsätzen und Werten des Gesunde-Städte-Netzwerks in Bezug auf Chancengleichheit, Befähigung der Bürger, Partnerschaft, Solidarität und nachhaltige Entwicklung (Kasten 1) sowie zu den in früheren Erklärungen und politischen Verlautbarungen des Gesunde-Städte-Netzwerks (1988–2008) genannten und vereinbarten Konzepten, durch die maßgebliche Übereinkommen, Erklärungen, Chartas, Strategien bzw. Aktionspläne der WHO, der Vereinten Nationen und der Europäischen Union in den Bereichen Gesundheitsförderung, Prävention nichtübertragbarer Krankheiten, Chancengleichheit, gesundheitsförderliche Politik und **umweltbezogener Gesundheitsschutz** inhaltlich umgesetzt und auf lokaler Ebene angewandt wurden. Zu den maßgeblichen Dokumenten gehören:

- Athener Erklärung für Gesunde Städte (1998)
- Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit in Europa: Statement der Bürgermeister der Phase III des WHO-Netzwerks der Gesunden Städte (1998–2002) (2000)
- Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (2003)
- Belfast Erklärung für Gesunde Städte: Die Stärke lokalen Handelns (2003)
- Gesunde und sichere Städte entwerfen: Herausforderungen für eine gesundheitsförderliche Städteplanung – Erklärung der Bürgermeister und politisch Verantwortlichen im Gesunde-Städte-Netzwerk der Europäischen Region der WHO und in den nationalen Gesunde-Städte-Netzwerken (2005)
- *Gesundheit für alle: Das Rahmenkonzept für die Europäische Region der WHO – Aktualisierung 2005* (WHO-Regionalbüro für Europa, 2005)
- *Zugewinn an Gesundheit: Die Europäische Strategie zur Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten* (WHO-Regionalbüro für Europa, 2006)
- *Europäische Charta zur Bekämpfung der Adipositas* (WHO-Regionalbüro für Europa, 2006)
- *Health in all policies: prospects and potentials* (Ståhl T. et al., Hrsg. Helsinki, Ministerium für Gesundheit und Soziales, Finnland, 2006)
- Aalborg+10 – Inspiring Futures (2006)
- *Die Charta von Tallinn: Gesundheitssysteme für Gesundheit und Wohlstand* (WHO-Regionalbüro für Europa, 2008)
- *Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten: Umsetzung der globalen Strategie. Bericht des Sekretariats* (WHO, 2008)
- *Closing the gap in a generation: health equity through action on the social determinants of health* (Kommission für soziale Determinanten von Gesundheit, 2008)

Kasten 1: Grundsätze und Werte des Gesunde-Städte-Netzwerks

- **Chancengleichheit:** Bewältigung Ungleichheit im Gesundheitsbereich und Berücksichtigung der Bedürfnisse gefährdeter und sozial benachteiligter Menschen; mangelnde Chancengleichheit bedeutet ungerechtfertigte gesundheitliche Unterschiede und vermeidbare Erkrankungsursachen. Das Recht auf Gesundheit gilt für alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Rasse, religiöser Überzeugung, sexueller Orientierung, Alter, Behinderung oder sozioökonomischer Situation.
- **Beteiligung und Befähigung der Bürger:** Sicherung des Rechts des Einzelnen und der Gemeinschaft auf Beteiligung an Entscheidungsprozessen, die für ihre Gesundheit und Gesundheitsversorgung sowie ihr Wohlbefinden von Bedeutung sind. Zugang zu Chancen und Möglichkeiten zur Entwicklung von Fähigkeiten sowie positives Denken zur Befähigung der Bürger zur Unabhängigkeit.
- **Partnerschaftliches Arbeiten:** Aufbau wirksamer sektorübergreifender strategischer Partnerschaften für die Umsetzung integrierter Konzepte und das Erreichen nachhaltiger gesundheitlicher Verbesserungen.

- **Solidarität und Freundschaft:** Arbeit im Geiste von Frieden, Freundschaft und Solidarität durch Vernetzung sowie Achtung und Wertschätzung der sozialen und kulturellen Diversität der Städte in der Gesunde-Städte-Bewegung.
- **Nachhaltige Entwicklung:** Die Notwendigkeit der Gewährleistung einer für Umwelt und Gesellschaft nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung (und der dafür erforderlichen infrastrukturellen Unterstützung, einschließlich der Verkehrssysteme), die aktuelle Bedürfnisse in einer Art und Weise befriedigt, die nicht die Fähigkeit künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse beeinträchtigt.

5. Wir würdigen und unterstützen die Gesunde-Städte-Bewegung als ein dynamisches Konzept, das sich in Friedens- und Kriegszeiten weiterentwickelt und auf geänderte soziale, demografische und epidemiologische Gegebenheiten, technologische Entwicklungen und neue wissenschaftliche Erkenntnisse reagiert hat. Neue Problemlösungsansätze wurden in Verbindung mit den Strategien und Prioritäten der WHO auf globaler Ebene und in der Europäischen Region entwickelt und wurden von diesen maßgeblich beeinflusst. In den vergangenen 20 Jahren war die Gesunde-Städte-Bewegung eine einzigartige länderübergreifende Initiative für gesundheitspolitisches Handeln auf lokaler Ebene, bei der neu aufkommende Gefahren für die öffentliche Gesundheit thematisiert und auf diese Gefahren wie auch ihre Folgen für das städtische Umfeld reagiert wurde.

Neue Sorgen und Probleme

6. Wir werden auf dem Gelernten aufbauen und uns mit neuen wie bereits bestehenden Sorgen und Problemen in folgenden Bereichen auseinandersetzen:
- Verringerung gesundheitlicher Ungleichheiten und gesellschaftlicher Ausgrenzung, Vorsorge und aktives Vorgehen gegen konkrete Gesundheitsgefahren, insbesondere für gefährdete Gruppen wie Kinder, ältere Menschen und Migranten. Wir sehen eine mangelnde Chancengleichheit im Gesundheitsbereich nicht nur als einen Angriff auf die Menschenwürde, sondern auch als eine Gefährdung der sozialen Stabilität und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit;
 - die zunehmende Belastung durch nichtübertragbare und chronische Krankheiten sowie Verletzungen und Gewalt, die für vorzeitigen Tod, Behinderungen, Leiden und hohe wirtschaftliche Kosten verantwortlich sind, aber nach unserer Überzeugung durch Investitionen in Maßnahmen und Bedingungen vermeidbar wären, die ein gesundes Leben und Wohlbefinden begünstigen;
 - das Auftreten von Gefahren für die öffentliche Gesundheit, darunter der Klimawandel und seine möglichen Auswirkungen auf die Gesundheit unserer Bürger sowie die städtischen Umfeldler und die grundlegende Infrastruktur; und
 - die Wirkung der bebauten Umwelt und der neuen Technologien auf die Gesundheit unserer Bürger und die Bedeutung der Vereinbarung von Aspekten der Gesundheit und der nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der Planung,

Gestaltung, Erhaltung, Sanierung und Führung unserer Städte und Wohngenden sowie beim Einsatz von Technologien.

Bericht der Kommission für soziale Determinanten von Gesundheit

7. Wir begrüßen wärmstens die Erkenntnisse und Empfehlungen aus dem Bericht der Kommission für soziale Determinanten von Gesundheit mit dem Titel *Closing the gap in a generation: health equity through action on the social determinants of health* (WHO, 2008). Insbesondere begrüßen wir die Empfehlung, Gesundheit und gesundheitliche Chancengleichheit zu zentralen Konzepten in kommunalen Verwaltungs- und Planungsprozessen zu machen. Wir sind stolz darauf, dass das Gesunde-Städte-Netzwerk schon früh die Bedeutung der sozialen Determinanten von Gesundheit erkannt hat und dass auf sie abzielende Maßnahmen in seinem Handeln einen zentralen Stellenwert einnehmen. Die von der Kommission vorgelegten neuen Erkenntnisse (Kasten 2) dienen uns nicht nur als Anregung und Untermauerung für unsere eigenen Anstrengungen in Phase V für mehr Gesundheit und gesundheitliche Chancengleichheit in allen Bereichen der Lokalpolitik (vgl. Nr. 8), sondern geben uns auch die Möglichkeit, unseren eigenen Beitrag zur Bewältigung der sozialen Ungerechtigkeit auf nationaler und globaler Ebene zu leisten.

Kasten 2: Kommission für soziale Determinanten und Gesundheit: Übergreifende Handlungsempfehlungen und -grundsätze

- Verbesserung der Lebensbedingungen im Alltag, *d. h.* der Bedingungen, unter denen Menschen geboren werden, aufwachsen, leben, arbeiten und alt werden
- Bewältigung der mangelnden Chancengleichheit bei der Verteilung von Macht, Geld und Mitteln, den strukturellen Bestimmungsgrößen für die alltäglichen Lebensbedingungen – auf globaler, nationaler, regionaler und lokale Ebene
- Messung und Verständnis des Problems und Abschätzung der Auswirkungen der Maßnahmen: Erweiterung der Wissensgrundlage, Weiterbildung des Gesundheitspersonals im Bereich soziale Determinanten von Gesundheit und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die sozialen Determinanten von Gesundheit.

Verpflichtungen und Themen in Phase V des Gesunde-Städte-Netzwerks der Europäischen Region der WHO

8. Wir verpflichten uns zu einem stärkeren politischen Engagement und zu mehr Solidarität mit dem Ziel, Gesundheit und gesundheitliche Chancengleichheit in allen Bereichen der Lokalpolitik als übergeordnetes Ziel für Phase V des Gesunden-Städte-Netzwerks der Europäischen Region der WHO (2009–2013) zu verwirklichen, und vereinbaren, unsere Handlungsschwerpunkte in Phase V auf folgende Bereiche zu richten:

- Verankerung von **Gesundheit, gesundheitlicher Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit** und **nachhaltiger Entwicklung** als zentrale Werte in unserer Vision für die Entwicklung unserer Städte und Einführung geeigneter Verfahren zur Bewertung der gesundheitlichen Auswirkungen und zur Sicherung der Kompetenzbildung, um allen Politikbereichen einen möglichst großen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels zu ermöglichen;
 - Förderung **ethischer Führung** durch wertegestützte Konzepte und Strategien, unterstützt durch starke Verfahren für Transparenz und Rechenschaftsablage;
 - Nutzung unserer **staatsbürgerlichen Führungsrolle**, um strategische Partner und Akteure zusammenzubringen und die Kommunikation zwischen ihnen zu verbessern, und Verwendung der gebündelten organisatorischen Ressourcen, um Lebensbedingungen sowie soziale, ökonomische und umweltbezogene Bedingungen zu verbessern, die sich negativ auf die physische und psychische Gesundheit und das physische und psychische Wohlbefinden auswirken können;
 - **Führen durch das eigene Beispiel** sowie Werben und aktives Eintreten für Gesundheit und gesundheitliche Chancengleichheit in allen lokalen Politikbereichen und für Aktionspläne von staatlicher, unternehmerischer und ehrenamtlicher Seite;
 - Förderung **integrierter und systematischer Konzepte**, ggf. mit konkreten Zielen und messbaren Ergebnissen, mit der Absicht, Veränderungen im gesundheitlichen und organisatorischen Bereich herbeizuführen, die eine interdisziplinäre und sektorübergreifende Arbeitsweise begünstigen.
9. Wir verpflichten uns, unsere Bemühungen auf die Kernthemen für Phase V des Gesunde-Städte-Netzwerks der Europäischen Region (Kasten 3) zu konzentrieren, die auch von der WHO und mit ihr zusammenarbeitenden Einrichtungen unterstützt werden, und einen Erfahrungsaustausch zum Nutzen aller Städte in der Europäischen Region und darüber hinaus zu führen.

Kasten 3: Kernthemen in Phase V des Gesunde-Städte-Netzwerks der Europäischen

Region der WHO

Die Auswahl der Kernthemen bietet die Chance zur Arbeit an vorrangigen kommunalen Gesundheitsfragen, die für alle Städte in der Europäischen Region von Bedeutung sind. Themen, die für einzelne Städte von besonderem Interesse sind bzw. schwierige Herausforderungen für innovative gesundheitspolitische Maßnahmen darstellen, werden besonders hervorgehoben. Das Gesunde-Städte-Netzwerk befürwortet und unterstützt ein Experimentieren mit neuen Ideen durch die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten in unterschiedlichen organisatorischen Umfeldern.

1. Schaffung fürsorglicher und stützender Umfeldler

Eine Gesunde Stadt ist eine Stadt für alle Bürger, die integrierend und unterstützend agiert und sensibel und flexibel auf ihre unterschiedlichen Bedürfnisse und Erwartungen reagiert.

2. Gesunde Lebensweise

Eine gesunde Stadt bietet Bedingungen und Möglichkeiten, die gesunde Lebensweisen für Menschen aller sozialen Schichten und Altersgruppen begünstigen, ermöglichen und unterstützen.

3. Gesunde städtische Umwelt und gesundheitsförderliche Städtegestaltung

Eine Gesunde Stadt bietet eine natürliche und bebaute Umwelt, die Gesundheit, Erholung und Wohlbefinden, Sicherheit, soziale Interaktion, problemlose Mobilität sowie Selbstwertgefühl und eine kulturelle Identität ermöglicht und auf die Bedürfnisse all ihrer Bürger reagiert.

Partnerschaft

10. Städte können nicht im Alleingang handeln. In der Europäischen Region der WHO kommt den nationalen und regionalen Regierungen eine Schlüsselrolle zu. Sie beeinflussen Tempo und Nachhaltigkeit von Modernisierung, vielfältiger wirtschaftlicher Entwicklung und Gestaltung der städtischen Entwicklung. Sie stellen auch den steuerlichen und rechtlichen Rahmen für die Gesundheit und ihre Determinanten bereit. Daher appellieren wir an:
 - **die nationalen und regionalen Regierungen in der Europäischen Region:**
 - die **Bedeutung der kommunalen Dimension** der nationalen Gesundheitspolitik zu begreifen und zu erkennen, dass die Städte signifikant zur Entwicklung und Verwirklichung der nationalen Strategien für Gesundheit, gesundheitliche Chancengleichheit und nachhaltige Entwicklung beitragen können;
 - in ihren nationalen Gesundheitsstrategien **die Erfahrungen und Erkenntnisse der Städte** für die Analyse kommunaler Gesundheitsbedingungen und entsprechender Maßnahmen unter Verwendung sektorübergreifender und partizipatorischer Konzepte zu nutzen;
 - zu untersuchen, wie **zusätzliche Mittel** und rechtliche Instrumente zur Unterstützung von Konzepten für gesundheitliche Chancengleichheit und nachhaltige Entwicklung herangezogen werden können;
 - **die nationalen Gesunde-Städte-Netzwerke in der Europäischen Region** in ihrer Koordinations- und Kompetenzbildungsfunktion **zu unterstützen**;
 - die Aufnahme von **Vertretern von Kommunalverwaltungen** in Delegationen der Mitgliedstaaten auf Tagungen der Leitungsgremien der WHO und anderer einschlägiger internationaler Foren zu fördern;
 - **das WHO-Regionalbüro für Europa:**
 - in Bezug auf Maßnahmen zur Erreichung der Ziele der Phase V (2009–2013) des Gesunde-Städte-Netzwerks der Europäischen Region der WHO die strategische Führungsrolle zu übernehmen und fachliche Unterstützung zu leisten;
 - Kompetenzbildung und Vernetzung der Gesunden Städte **in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Region** zu fördern, zu ermöglichen und

zu koordinieren, insbesondere in solchen, die bislang noch nicht an der Gesunde-Städte-Bewegung beteiligt sind;

- die Entwicklung von **kommunalen Aktionskomponenten** zu fördern und zu unterstützen und die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Verwirklichung aller relevanten strategischen Ziele und fachlichen Bereiche der WHO anzuerkennen.
- eine stärkere Beteiligung anderer Berufsgruppen und Disziplinen an der Agenda der Gesunden Städte zu fördern und damit ihren entscheidenden Beitrag zu Gesundheit und Wohlbefinden anzuerkennen.

Wir, die Bürgermeister und führenden Kommunalpolitiker aus Städten der Europäischen Region, die wir uns auf der Internationalen Gesunde-Städte-Konferenz am 18. Oktober 2008 in Zagreb versammelt haben, sind davon überzeugt, dass unsere Umsetzung der Verpflichtungen zu Werten, Grundsätzen und Maßnahmen, wie sie in dieser Zagreber Erklärung für Gesunde Städte skizziert sind, Veränderungen herbeiführen wird, die die Gesundheit und das Wohlbefinden unserer Bürger wesentlich verbessern und zu einer signifikanten Verringerung der sozialen Ungerechtigkeit führen werden, die so viele Leben kostet und für so viel menschliches Elend in der Europäischen Region und darüber hinaus verantwortlich ist.